

Der Ordnungspolitische Kommentar

Nr. 09/2015

01. September 2015

Neidet den Flüchtlingen nicht das Smartphone – gebt ihnen freies Internet

Von Steffen J. Roth

Nur wenige, besonders schräge Geister empfinden Neid statt Mitgefühl gegenüber Flüchtlingen. Stadtverwaltungen, Vereine, Schulleitungen, karitative Einrichtungen, Bürgerinitiativen und einzelne Helfer arbeiten vielerorts gut zusammen und geben ihr Bestes, um die Flüchtlinge anständig aufzunehmen und zu behandeln. Alle Menschen, die hier um Hilfe bitten, haben Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung und ein rechtsstaatliches Verfahren zur Entscheidung über ihre Anträge. Der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung sieht das als selbstverständlich an und begegnet den Menschen mit Verständnis und Respekt.

Dennoch gewinnen auch fremdenfeindliche Gruppierungen und Aktionen Zulauf. Selbst nach den terroristischen Brandstiftungen und Krawallen haben nicht alle Bürger das Bedürfnis, sich eindeutig schützend vor die Flüchtlinge zu stellen. So demonstrierten z. B. einige lautstarke Wirtköpfe beim Kanzlerinnen-Besuch in Heidenau ihr Unverständnis: „Warum sollte ich diejenigen als Menschen achten, die nur hierher kommen, um sich durchfüttern zu lassen?“ rief ein Demonstrant. Solche Worte machen fassungslos. In all seiner moralischen Beschränktheit bringt diese Frage aber vermutlich auf den Punkt, was viele derer umtreibt, die sich durch mutwillige Desinformationen oder auch nur durch Missverständnisse in eine Neiddebatte treiben lassen.

Wie können sich Flüchtlinge ein Smartphone leisten?

Irritationen rufen unter anderem Smartphones hervor, mit denen viele Flüchtlinge hantieren. Smartphones gelten als Symbol für Wohlstand.

Zunächst ist nüchtern festzustellen, dass es sich bei den Smartphones der Flüchtlinge im Regelfall nicht um das neueste Modell handelt. In den Herkunftsländern gibt es einen regen Handel mit gebrauchten Mobiltelefonen und eigens für diese Märkte produzierten, technisch deutlich abgespeckten Geräten.

Zum Zweiten ist zu unterscheiden, welche Funktion so ein Gerät für den jeweiligen Nutzer hat. In Deutschland prägt ein spielerischer Gebrauch das Bild: Selfies, Zocken, Chatten. Viele betonen, so ein Ding nicht zu brauchen. Das Smartphone ist hier ein Luxusartikel, den man

sich leisten kann, wenn man bereits alles andere hat. Oder dem man sich sogar absichtlich verweigert.

In vielen anderen Gegenden der Welt verhält es sich anders. Smartphones stehen dort nicht zusätzlich zu Festnetztelefon, Fax und funktionierender Briefpost als Kommunikationsmittel zur Verfügung, sondern stattdessen. Sie ermöglichen dort nicht zusätzlich zu unzensurierten Fernsehsendern, Radioprogrammen und Zeitungen Zugang zu Informationen, sondern bieten die einzige vertrauenswürdige Quelle. Sie bieten nicht zusätzliche Möglichkeiten, Geldgeschäfte mobil zu erledigen, sondern sind die Voraussetzung zur Nutzung des dort üblichen Zahlungssystems. Ein internetfähiges Mobiltelefon ist für viele Menschen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge ein wichtiger Gebrauchsgegenstand.

Für die Gruppe der Flüchtlinge schließlich ist so ein Gerät unentbehrlich in einem existenziellen Sinne: Ohne Smartphone ist die ohnehin mit immensen Strapazen und Gefahren behaftete wochen- und monatelange Flucht in den meisten Fällen unmöglich. Das Smartphone dient dazu, Informationen über mögliche Fluchtrouten zu erlangen, Warnungen vor Grenz- und Polizeikontrollen zu erhalten, Kontakte zu Schleusern herzustellen und deren Anweisungen zu empfangen, Geldtransfers zu bewerkstelligen, sich in unbekanntem Transferländern zurecht zu finden, Texte zu übersetzen und vieles mehr.

Natürlich besitzt nicht jeder Mensch in Syrien und in Albanien ein Smartphone. Die erfolgreichen Flüchtlinge gehören in ihren Herkunftsländern häufig eben nicht zu den ärmsten Menschen. Wer nicht das Geld aufbringen kann, um Transporteure, Reisekosten, Schmiergelder und ein Smartphone zu bezahlen, hat kaum eine Chance, es bis nach Mitteleuropa zu schaffen. Um dieses Geld zusammenzutragen, verkaufen die Flüchtlinge und ihre Familien häufig ihren ganzen Besitz. Neben den Papieren ist das Smartphone für viele Flüchtlinge nicht nur das wertvollste, sondern auch das einzige Eigentum. Die Flüchtlinge kaufen sich also nicht mit dem durch den deutschen Steuerzahler zur Verfügung gestellten Taschengeld ein Smartphone. Ihnen ist vielmehr nur dank ihres Smartphones die komplizierte und gefährliche Flucht gelungen.

„Und wie können sie es sich leisten, hier ihre Mobiltelefone für Auslandsgespräche zu nutzen?“ wird nachgehakt. Tatsächlich erhalten Einzelpersonen in den Erstaufnah-

meeinrichtungen für Flüchtlinge 143 Euro monatlich. Kleidung, Hygieneartikel und Nahrung erhalten sie als Sachleistungen. Später, in den Gruppenunterkünften während des laufenden Asylverfahrens, erhalten sie im Regelfall außer der Unterkunft keine Sachleistungen mehr, sondern entsprechend höhere Barmittel. Allerdings noch immer weniger als Hartz IV-Empfänger. Und sie dürfen keiner Arbeit nachgehen, um ihre materielle Ausstattung zu verbessern. Natürlich kann man sich damit keine Luxusartikeln der großen Netzanbieter leisten. Es gibt jedoch preisgünstige Prepaid-Datentarife und es gibt kostenlosen Internetzugang in Cafés, Schnellrestaurants, Bahnhöfen etc. Der Kontakt mit der Familie und Freunden wird in der Regel über Skype, WhatsApp und Viber aufrechterhalten. Das bietet zwar keine besonders gute Gesprächsqualität, ist aber praktikabel.

Sachleistung statt Bargeld?

Da der Kontakt zu Familie und Freunden für die im Ungewissen und in Sorge lebenden Menschen von ungeheurer Wichtigkeit ist, sind viele Flüchtlinge ohne Zögern bereit, die notwendigen Mittel für Prepaid-Guthaben oder die Tasse Kaffee im Fastfood-Restaurant mit Internetzugang auszugeben. Sie würden auf fast alles eher verzichten als darauf.

In jüngster Zeit wird dennoch diskutiert, den Flüchtlingen auch während des Asylverfahrens in erster Linie Sachleistungen zu gewähren, statt sie mit entsprechenden Barmitteln auszustatten. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, die Unterstützung weniger attraktiv erscheinen zu lassen. Wer ein Lebensmittelpaket und Kleidung ausgehändigt bekommt statt Bargeld, hat es schwerer die Unterstützung dafür zu verwenden, Prepaid-Tarife zu erwerben. Die aus Sicht der Flüchtlinge eventuell weniger dringend benötigten Lebensmittel und Kleider müssten zunächst auf Schwarzmärkten wieder zu Geld gemacht werden. Das ist mühsam und verlustreich. Tatsächlich erwarten Ökonomen, dass Sachleistungen dem Empfänger regelmäßig einen geringeren Nutzenzuwachs eröffnen als ein Bartransfer im selben Wert. Will man also tatsächlich gezielt dafür sorgen, dass es Flüchtlingen in Deutschland weniger gut geht, ohne dadurch den deutschen Steuerzahler zu entlasten, dann ist man mit Sachleistungen auf dem richtigen Weg. Das allerdings ergibt nur dann irgendeinen Sinn, wenn man tatsächlich glaubt, die Menschen kämen hierher, um die „großzügigen“ Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen.

Aber im Ernst: Niemand kommt zum Spaß hierher. Kriegsflüchtlinge sowie politisch oder religiös verfolgte

Menschen besaßen vor der jeweiligen Bedrohung in ihrer Heimat fast immer Wohnungen oder Häuser, hatten häufig eine feste Arbeit, verfügten vielleicht auch über ein Auto. Sie nehmen nicht deshalb den lebensbedrohlichen Weg auf sich, weil sie vom Lebensstandard träumen, den deutsche Sozialleistungen versprechen, sondern weil sie keine andere Wahl haben.

Aber auch die Menschen, deren Leben zuhause zwar nicht unmittelbar bedroht ist, die jedoch in ihren Heimatländern keine Möglichkeit sehen, ein auskömmliches Einkommen zu erzielen, kommen in den wenigsten Fällen hierher, um im Transferbezug in Asylunterkünften abzuwarten bis ihre Ausweisung oder Abschiebung vollzogen wird. Zwar sind die hier gewährten Transfers für manche höher als die im Heimatland erreichbaren Einkommen. Allerdings fallen hier auch wesentlich höhere Lebenshaltungskosten an. Abzüglich der Kosten, die für die Flucht anfallen, wäre dies nur äußerst selten ein gutes Geschäft. Diesen Menschen wurde vielmehr häufig von Schleudern und Schwätzern Hoffnung auf den Erhalt von Arbeitsplätzen gemacht. Die Bundesregierung versucht seit geraumer Zeit, solchen Fehlinformationen Herr zu werden, indem sie durch Botschaften, Goethe-Institute, youtube-Videos und in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Herkunftsländer Informationen darüber zu verbreiten versucht, wie die Chancen stehen, in Deutschland Asyl gewährt zu bekommen. Die Schutzquote für Kosovaren beispielsweise betrug im Januar 2015 nur 0,3 Prozent. Doch die Menschen in den Herkunftsländern trauen diesen offiziellen Informationen nur begrenzt. Und in großer Verzweiflung ergreift man jeden Strohalm.

Authentische Information ist im allseitigen Interesse

Zuverlässiger erscheinen die Berichte von Bekannten, die authentisch von ihren eigenen Erlebnissen in Deutschlands Asylunterkünften und Asylverfahren berichten. Umso häufiger und umso ausführlicher die hier angekommenen Flüchtlinge von ihren Erfahrungen berichten, desto eher kristallisiert sich bei ihren Gesprächspartnern ein realistisches Bild heraus und erreicht auch deren Freunde, Familien und Bekannte. Es ist also nicht nur leicht und gut verständlich, warum die bei uns Hilfe suchenden Menschen Smartphones besitzen und benutzen. Es ist auch im allseitigen Interesse.

Hören Sie also nicht auf die Dummköpfe, die den Flüchtlingen ihr Mobiltelefon neiden. Verschaffen Sie den Flüchtlingen lieber kostenlosen Internetzugang.

9.511 Zeichen

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik oder des Otto-Wolff-Instituts für Wirtschaftsordnung. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Steffen J. Roth ist Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik. Kontakt: Tel.: 0221-470 5348 oder E-Mail: steffen.roth@wiso.uni-koeln.de